Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 117. | Dresden, Donnerstag den 23. Mai 1912. | 23. Jahrg.

Die letzte Sitzung.

Der letzte Tag der Reichstagsverhandlungen, an dem in überlanger Dauersitzung die ganze dritte Lesung des Etats im Galopptempo durchgepeitscht wurde, brachte in seinen ersten Stunden nochmals sehr lebhafte Auseinandersetzungen über die elsaß-lothringischen Kaiser-Drohungen. Nochmals erfolgte ein scharfer Zusammenstoß zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler, der schließlich ohne das winzigste Lorbeerblättchen trübselig den Kampfplatz verlassen mußte.

Ledebour besprach in der Generaldiskussion die Behandlung, die sich der Reichstag durch die Regierungsgewalt bieten lasse, durch die Regierungsgewalt, die sich in den wichtigsten Fragen von der konservativen Minderheitspartei beherrschen läßt. Er behandelte als Wahrzeichen der herrschenden Reaktionspolitik die Vorgänge in Preußen und in Elsaß-Lothringen. Als Ledebour ausführte, daß ein selbstbewußtes Volk sich nimmermehr solche Worte gefallen lassen würde, wie sie der Kaiser jüngst in Straßburg getan, und als er in scharfer Wendung darlegte, wie sich etwa das englische Volk zu solchen Aeußerungen eines absolutistischen Regiments verhalten würde, da gab es wieder jene lebhafte Unruhe, die sich bis zu wütendem Toben steigert, sobald die Herren Monarchisten auf den konservativen Bänken eine Gelegenheit gekommen glauben, um dem Kaiser ihre Ergebenheit zu erweisen und eine Entrüstungshetze gegen die Sozialdemokratie zu entfesseln, — dieselben scheinheiligen Monarchisten, die selbst stets ihren „kaiserlichen Herrn" mit den niedrigsten Intrigen umlauern, sobald er einmal ihren Wünschen abhold erscheint. Auch Herr v. Bethmann-Hollweg stieg wieder herzlich auf die Schanzen, um seinen Gebieter gegen die sozialdemokratischen Angriffe zu schützen. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, daß „das deutsche Volk" auf Seite des Kaisers stehe, und er versuchte der Debatte die Wendung zu geben, als ob die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik die Gefühle des deutschen Volkes verletzt habe. Der Reichskanzler schien zu meinen, er habe Keulenschläge ausgeteilt, und die ihm stürmisch zujubelnde Rechte sah freudig die verstärkte Möglichkeit, die unwahrhaftige Hetze fortzusetzen, die ihre Presse seit der Rede Scheidemanns eifrig in Szene gesetzt hat.

Alle diese Spiele wurden den Reaktionsleuten durch eine kurze, sehr schlichte und selten wirkungsvolle Erwiderung unseres zweiten Fraktionsredners **Südekum** gründlichst verdorben. Der Reichskanzler habe, so führte er aus, den ganzen Streitpunkt verschoben. Er habe so getan, als handle es sich um erschreckliche Angriffe der Sozialdemokraten auf Reich und Volk. In Wahrheit aber habe unsere Partei nichts getan, als drohende Angriffe auf die Verfassung des Reiches oder mindestens eines Teiles des Reiches **abzuwehren**. Die Sozialdemokratie tue das, was eigentlich dem Reichskanzler zu tun obliegt. Weiter beleuchtete der Redner die Heuchelei der Reaktionäre, die selbst gerade die Person des Kaisers in alle Debatten ziehe, während die Sozialdemokratie weit entfernt ist, gegen eine Person ihren Kampf zu richten, sie vielmehr die Einrichtungen des Reiches in modernem Sinne demokratisch auszugestalten bestrebt ist. All die gemachte Entrüstung der konservativen Reisigen mußte zurückweichen und stumm verebben vor den ebenso einfachen wie ernsten Feststellungen unseres Redners. Die Mannen der Rechten wurden von Minute zu Minute kleinlauter und der Reichskanzler vermochte kaum die Verlegenheit und Enttäuschung zu verbergen, die ihm die Sprache der Klarheit und Wahrheit bereitete. Herr v. Bethmann-Hollweg versuchte die ihm so ungünstige Wendung der Debatte durch die Berufung darauf auszugleichen, daß Scheidemann neulich ganz erheblich anders gesprochen habe als jetzt der „Revisionist" Südekum. Aber auch dieser letzte Versuch mißlang. **Scheidemann** nutzte die Situation vortrefflich, um den Verdrehungen und dem Mißbrauch entgegenzutreten, den man mit seinen Aeußerungen über die angedrohte Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen allenthalben in der gegnerischen Presse betreibt. Scheidemann machte desgleichen mit der törichten Legende ein Ende, als wenn „Revisionisten" und „Radikale" verschiedener Meinung seien über die Wege, auf denen die Sozialdemokratie Verbesserungen in der Rechtsentwicklung des deutschen Volkes zu erreichen bestrebt ist. **Wir alle wollen die friedliche Fortentwicklung** und gerade die Reaktionäre, die sich, wie jetzt in Preußen, jedem Fortschritt entgegenstemmen, tragen die Verantwortung dafür, wenn Geschehnisse eintreten, die **wir** nicht wollen. Weder der Kanzler noch seine konservativen Freunde waren noch in der Lage, sich zu einer Erwiderung aufzuraffen.

Alle diese Auseinandersetzungen erfolgten unter größter Spannung im ganzen Hause. Ueberall herrschte schließlich die Ueberzeugung, daß durch Südekums und Scheidemanns Erklärungen die neuesten Hetzversuche der Reaktionäre als abgetan anzusehen sind.

Der Reichstag beschließt seine Verhandlungen mit der eindringlichen Klarstellung, daß **die Sozialdemokratie die Partei des Volkes** ist, die Partei ist, die sich **durch das Urwaldgestrüpp der gegnerischen Verleumdungen den Weg bahnt für die Mehrung der Volksrechte und der Volkswohlfahrt!**

*

Ueber den übrigen Teil der Sitzung geht uns folgendes Stimmungsbild zu: Erledigt wurden in dritter Lesung eine Reihe von Gesetzentwürfen, mehrere Petitionen und die von der Wohnungskommission vorgelegte Resolution. Endgültig abgetan wurde auch der Streikbrecherantrag der Konservativen, den in namentlicher Abstimmung 275 gegen 68 Stimmen ablehnten. Bei der Wohnungsfrage vertrat Genosse Göhre die Auffassung unserer Fraktion.

Den größten Teil des Tages nahm naturgemäß die dritte Lesung des Etats in Anspruch. Die Spezialdebatte wurde so rasch es ging abgewürgt. Eine längere Debatte gab es beim Etat des Kriegsministers, wo die Genossen Schulz und Dr. Frank und die Fortschrittler Dr. Gothein und Haußmann die Respektlosigkeit nach Gebühr behandelten, mit der der Kriegsminister klare Gesetzesbestimmungen in einer willkürlichen Auslegung zu schikanieren versteht. Auch die Frage der Ostmarkenzulagen für Militär- und Postbeamte fand eine ausgiebige Erörterung, wobei Genosse Wendel, wie in der zweiten Lesung, mit aller Schärfe gegen diese politische Vergünstigung polemisierte. Angenommen wurde mit unserer Zustimmung ein Zentrumsantrag, der die Weiterbezahlung der Zulagen bis Ende des Kalenderjahres zuläßt. Genosse Zubeil brachte gegen den Postminister noch eine Reihe von Beschwerden vor, gegen die sich Herr Kraetke mit der bei ihm gewohnten arroganten Unbeholfenheit gern besser gewehrt hätte. Beim Reichseisenbahnamt kritisierte Genosse Stolle die Praxis der preußischen Eisenbahnverwaltung gegen Sachsen.

Der italienisch-türkische Inselkrieg.

Die italienische Flotte hat nunmehr gestern auch die **Insel Chios** besetzt. Sie ist laut Telegramm aus Rom die 12. türkische Insel, die sich in italienischen Händen befindet. Fast über Nacht ist der Krieg um Tripolis zu einem Krieg im Aegäischen Meer geworden. Ein Krieg freilich, der für Italien ein Kriegsspiel bedeutet, da die flottenschwache Türkei den okkupierten Inseln nicht mit größeren Truppennachschüben beikommen kann. Bedeutungsvollere Gefechte fanden nur auf Rhodos statt; sie endeten damit, daß sich die türkische Besatzung nach tapferer Gegenwehr der feindlichen Uebermacht ergeben mußte.

Die neue Taktik Italiens bedeutet ein Eingeständnis italienischer Ohnmacht in Tripolis und ist sehr billig, aber für Europa kann der Inselkrieg ein unberechenbar teueres Experiment werden, denn Italiens Absichten sind klar: es glaubt mit einer Faust voll türkischer Inseln ein sicheres Faustpfand für den von Italien längst ersehnten Frieden zu haben und glaubt mit diesen billigen Heldentaten auch die gesunkene Kriegsbegeisterung des italienischen Volkes wieder zu heben. Außerdem beherrscht die italienische Flotte mit Inseln wie Rhodos und Chios ein gut Teil des Aegäischen Meeres. Hat Italien hier einmal festen Fuß gefaßt, so nimmt es eine dominierende Stellung im östlichen Mittelmeer ein. Bereits schreibt das Giornale d'Italia, daß die Hälfte der von Italien besetzten Inseln künftig zu Italien gehören werde. In einigen Tagen sollen weitere wichtige Inseln besetzt werden. Das Blatt fügt hinzu, daß es damit noch Zeit hat, festzusetzen, wann und wie viele von diesen Inseln an die Türkei zurückgegeben werden.

Es ist klar, daß die Mächte diesem Treiben nicht ruhig zusehen werden, denn selbst wenn sie Italien die neue Position gönnen wollten, würden sich auch die kleinen Zaunkönige des Balkan beutelustig regen. Wenn die Okkupation der Türkei in den mittelländischen Gewässern losgeht, warum sollten sich da Bulgarien, Serbien, Montenegro, Griechenland nicht das Stück Mazedonien holen, nach dem sie schon lange lüstern auf der Lauer liegen? Das wäre der europäische Brand und die Mächte, denen ein Weltkrieg auch die Weltrevolution bringen müßte, werden sich darum um den Frieden zwischen Italien und Türkei von neuem mühen. Und das wird auch der letzte Zweck des italienischen Treibens im Aegäischen Meere sein.

Ob aber die Türkei zum Verzicht auf Tripolis geneigter sein wird denn früher, darf sehr bezweifelt werden. Zweifellos leidet die Pforte im Innern durch den Krieg mehr als das nach allen Meeren unbehinderte Italien. Der Verkehr stockt, der türkische Handel liegt danieder. Die Preise für Konsumartikel, die auch sonst schon während des Krieges fast auf das Doppelte gestiegen waren, sind nunmehr erst recht in die Höhe gegangen. Die Massen hungern und es steigt die Kriminalität. Jeder Tag bringt Nachrichten von Diebstählen und Raubmorden. Das sind nun allerdings Dinge, die den fatalistischen türkischen Bürger wenig kümmern. Das soziale Elend wird ignoriert, weil die Volksmassen es noch nicht gelernt haben, ihre Interessen in die Oeffentlichkeit zu bringen. Aber dieses Elend übt seine Rückwirkung auch auf die Finanzen und das ist der schwächste Punkt des Staats.

Der Krieg hat vor allem eine Verminderung der türkischen Zolleingänge zur Folge gehabt. Im November waren die Einfuhrzölle gegenüber dem gleichen Monate des Vorjahres um mehr als 13 Prozent zurückgegangen, im Dezember um 24 Prozent. Der Januar weist eine kleine Steigerung der Einfuhrzölle auf, nämlich um 2 Prozent. Die letzte zurzeit vorliegende finanzielle Abrechnung ist die der Dette Publique, der Verwaltung der türkischen Staatsschuld, für Februar des laufenden Jahres. Sie zeigt gegenüber dem entsprechenden Monate des Vorjahres eine Verminderung der Einnahmen um 60 833 türkische Pfund, d. h. um 1,3 Millionen Frank. Speziell die Eingänge vom Zehnten und der Schafsteuer haben sich vermindert um mehr als 9 Prozent. Nach übereinstimmender Meinung aller Leute, die vom Lande kommen, dürfte in diesem Jahre auch die türkische Ernte hinter jener des Vorjahres zurückbleiben. Denn der Bauer ist am Ende seiner Kraft, und es ist in diesem Jahr jedenfalls keine Erweiterung der Feldbestellung zu erwarten. Trifft das zu, so werden sich die Finanzen des Staats erst recht verschlimmern.

Aber trotz all dieser mißlichen Umstände wird die Türkei an Tripolis festhalten bis zum äußersten, denn die Preisgabe dieser unter Völkerrechtsbruch angefallenen Provinz würde der Türkei das Ansehen kosten, das sie vorläufig noch immer bei den unter türkischer Oberhoheit stehenden mohammedanischen Stämmen Nordafrikas und Kleinasiens genießt und der gutwillige Verzicht auf Tripolis könnte dem jungtürkischen Regime durch innere revolutionäre Krisen recht fühlbar werden. Darum wehrt sich die Türkei mit anti-italienischen Repressalien so gut sie kann, belegt die italienische Einfuhr mit hundertprozentigem Zoll und weist die Italiener aus, von denen täglich eine große Zahl unterstands- und existenzlos im Mutterlande ankommt. Und wie teuer diese türkische Praxis Italien zu stehen kommt, beweist das Geschrei der italienischen Blätter. So schreibt die Tribuna gestern:

> Die Jungtürken haben die Ausweisung der Italiener beschlossen, aber sie zögern, sie auszuführen. Denn sie wissen, daß sie durch diesen Akt, der allen Prinzipien der Zivilisation widerspricht und noch nie dagewesen ist, ihre Maske Europa gegenüber fallen lassen und die Liebe zur Türkei selbst den professionellen Türkenfreunden schwer machen würden. Die Besetzung der Inseln konnte zuerst als ein einfacher Kriegsvorgang betrachtet werden, den der Friede wieder rückgängig machen konnte. Nach einer derartigen Kundgebung wird es aber selbst Europa für sehr schwierig halten, diese Inseln, die von sehr edlen Rassen bewohnt sind, der Herrschaft eines Volkes zurückzugeben, **das sich als ein Barbarenvolk erwies, indem es die Diplomatie zu einem internationalen Expressungsmittel zu machen versuchte.**

Wenn man bedenkt, daß Italiens Inselkrieg weiter nichts ist, als ein verzweifelter Expresserdruck auf die Mächte und der Tripoliskrieg als italienischer Völkerrechtsbruch begann, können diese moralischen Ergüsse der römischen Kapitalistenblätter nur zum Lachen reizen.

* * *

Das italienische Regiment im Archipel.

Athen, 22. Mai. Die Italiener erklären auf den von ihnen besetzten Inseln des Aegäischen Meeres nach sicheren Meldungen durch ihre Militär- und Marinebehörden den Inselgriechen, daß diese offen ihre Sympathien für Italien bekunden können, da Italien die Inseln, wenigstens unter den bisherigen Untertanenbedingungen, nicht an die Türkei zurückgeben werde. Die bestehenden Steuern auf den Inseln werden weiter erhoben, aber an die lokalen Kassen überwiesen und zu lokalen Zwecken verwandt. Die hiesige Stimmung ist Italien freundlich, aber nicht frei von Besorgnissen. Ueberwiegend **hofft man zunächst auf die volle Autonomie der Inseln mit eigener Verwaltung durch die griechischen Inselbewohner unter italienischen Oberhoheit.**

Die Ausweisung der Italiener aus der Türkei.

Konstantinopel, 22. Mai. Auf dem deutschen Generalkonsulat fanden sich gestern hundert, meist den besseren Ständen angehörende Italiener ein, um Auskunft wegen ihrer Ausweisung zu erhalten.

Die Ausweisung der Italiener ist heute der deutschen Botschaft bekannt gegeben worden. Der heutige Ministerrat beschloß, nur denjenigen Italienern die ottomanische Staatsangehörigkeit auf ihre Bitte zu gewähren, die hier Familie haben.

Ein neuer Kollektivschritt der Mächte bei der Pforte?

Der Mailänder Secolo will aus sicherer Wiener diplomatischer Quelle erfahren haben, daß die Mächte auf Veranlassung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einen Kollektivschritt bei der Pforte vereinbart haben, **um gegen die Massenausweisungen der Italiener aus dem türkischen Reiche Einspruch zu erheben.** Die Massenausweisungen verstoßen gegen das Völkerrecht. Dagegen stehe es der türkischen Regierung frei, einzelne verdächtige Italiener auszuweisen. Der deutsche und der österreichungarische Botschafter sollen gemeinsam die Protestnote überreichen. Man glaubt, nach dem Secolo, in Wiener diplomatischen Kreisen, daß die türkische Regierung nunmehr auf die Massenausweisungen verzichten und sich mit der Ausweisung einzelner italienischer Staatsangehöriger begnügen wird.

Es ist zweifellos ein grausames Bild, wenn friedliche Leute infolge einer kriegerischen Komplikation zwischen zwei Regierungen das Bündel schnüren müssen und aus Existenz und Wirkungskreis verjagt werden. Aber nichtsdestoweniger wäre es eine neue Vergewaltigung der Türkei, wenn jetzt die Mächte wegen der Italienerausweisungen einseitig gegen die Türkei Stellung nehmen wollten. Denn schlimmstenfalls hat die Türkei durch das Ausweisungsdekret auf die unmenschlichen Völkerrechtsbrüche der italienischen Regierung im Tripoliskrieg mit einem weniger unmenschlichen Rechtsbruch geantwortet.

*

Neue Kämpfe in Westtripolis.

Rom, 23. Mai. Die Agenzia Stefani meldet aus **Buchamez**, nahe der tripolitanisch-tunesischen Grenze, vom 21. Mai: „General Garioni erhielt vorgestern die Nachricht von dem Abmarsch einer feindlichen Karawane aus Ben Gardane. Garioni beschloß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120523/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG